

Zum Verbleib beim Bieter bestimmt! Nicht mit dem Angebot zurückgeben!

Stadt Sindelfingen, Amt für Finanzen
Zentrale Vergabestelle, Zi. 2.07
Rathausplatz 1
71063 Sindelfingen

Komm DE (D) Auf
 (Aufforderung zur Angebotsabgabe für Dienstleistungen)

Sindelfingen, 28.03.2024
 (Ort, Datum)

(Vergabestelle)

Vergabe-/Projekt Nr.:	
<u>kfw432A-Hinterweil</u>	
<input checked="" type="checkbox"/>	Öffentliche Ausschreibung
<input type="checkbox"/>	Beschränkte Ausschreibung
<input type="checkbox"/>	Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb
<input type="checkbox"/>	Verhandlungsvergabe
<input type="checkbox"/>	Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb
Ablauf der Angebotsfrist:	
Datum: <u>24.04.2024</u>	Uhrzeit: <u>11:00</u>
Bindefrist endet am:	
Datum: <u>12.05.2024</u>	

Aufforderung zur Angebotsabgabe für Dienstleistungen

Objekt: Quartierskonzept
in: Hinterweil
Angebot für: Erstellung Quartierskonzept für Hinterweil (Sindelfingen)
gemäß KfW 432 Energetische Stadtsanierung

Liste der Anlagen:

A) Anlagen, die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:

- Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Dienstleistungen - Komm DE (D) BB - (1-fach)*
- Information Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) - Komm DE (D) Info DSGVO - (1-fach)*
- _____ (___-fach)*
- _____ (___-fach)*

B) Anlagen, die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden:

- Besondere Vertragsbedingungen - Komm DE (D) BVB - Seite(n) _____ bis _____ (1-fach)*
- Zusätzliche Vertragsbedingungen - Komm DE (D) ZVB - (1-fach)*
- Besondere Vertragsbedingungen LTMG-BW - Komm DE (D) BVB LTMG - ¹⁾ (1-fach)*
- Pläne / Zeichnungen Nr. _____ (___-fach)*
- _____ (___-fach)*
- _____ (___-fach)*

C) Anlagen, die soweit erforderlich ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- Angebotsschreiben - Komm DE (D) Ang - (2-fach)*
- Leistungsbeschreibung (Inhalt lt. Titelblatt) (2-fach)*
- Erklärung der Bietergemeinschaft - Komm DE (D) Bieter - ²⁾ (2-fach)*
- Verzeichnis Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen - Komm DE (D) Erkl Andere/Unter - (2-fach)*
- Eigenerklärungen zur Eignung - Komm DE (D) EigE - ²⁾ (2-fach)*
- Verpflichtungserklärung Mindestlohn 1 - Komm DE (D) Verpflicht LTMG AEG - ¹⁾ (2-fach)*
- Verpflichtungserklärung Mindestlohn 2 - Komm DE (D) Verpflicht LTMG MinEntgelt - ¹⁾ (___-fach)*
- _____ (___-fach)*

D) Anlagen, die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:

- Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen - Komm DE (D) Verpflicht Andere/Unter (___-fach)*
- _____ (___-fach)*

E) Sonstige Anlagen:

- Kennzettel für Angebotsumschlag - Komm (L/D/SKR) Kenn - (1-fach)*

¹⁾ Hier ankreuzen, falls der Vertrag unter das Landestariffreue- und Mindestlohngesetz für Baden-Württemberg (LTMG) fällt, vgl. § 2 LTMG.
²⁾ Diese Erklärung ist im Regelfall nur bei Öffentlicher Ausschreibung anzukreuzen und beizufügen.
 * Die Angabe der Exemplare gilt nicht für die Bereitstellung der Vergabeunterlagen im Rahmen elektronischer Vergaben.

1. Zuschlagserteilende Stelle, Vergabeverfahren:

Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Dienstleistungen zu vergeben im Namen und auf Rechnung der Stadt/der Gemeinde/des Landkreises/des Zweckverbands/des Eigenbetriebs/des kommunalen Unternehmens in privater Rechtsform

Die Vergabestelle verfährt nach der UVgO.

2. Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

- elektronisch über die Vergabepattform
- in Textform unter nachstehender Anschrift:

Stelle _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

Fax _____

E-Mail _____

3. Es gelten die beigelegten Bewerbungsbedingungen - Komm DE (D) BB

3.1 Abweichend von diesen Bewerbungsbedingungen gilt Folgendes:

4. Wegen etwaiger geforderter Sicherheitsleistungen vgl. die beigelegten Besonderen Vertragsbedingungen - Komm DE (D) BVB - Nr. 8 und wegen der Zahlungsbedingungen vgl. - Komm DE (D) BVB - Nr. 7 und die VOL/B.

5. Unterlagen

5.1 Die nachfolgend angekreuzten Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise) sind, soweit erforderlich, mit dem Angebot einzureichen. Soweit es sich dabei um Vordrucke oder um das Leistungsverzeichnis/die Leistungsbeschreibung handelt, sind diese ausgefüllt einzureichen.

- Die unter Rubrik C) der Liste der Anlagen (s. Seite 1 dieses Schreibens) angekreuzten Anlagen ²⁾
- _____
- _____
- _____

5.2 Die nachfolgend angekreuzten Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise) sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen. Soweit es sich dabei um Vordrucke handelt, sind diese ausgefüllt vorzulegen.

- Die unter Rubrik D) der Liste der Anlagen (s. Seite 1 dieses Schreibens) angekreuzten Anlagen ³⁾
- _____
- _____
- _____

6. Vergabe nach Losen

- nein
- ja, Angebote sind möglich
 - nur für ein Los
 - für ein Los oder mehrere Lose

nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

²⁾ Es handelt sich danach um "C) Anlagen, die soweit erforderlich ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind".
³⁾ Es handelt sich danach um "D) Anlagen, die auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind".

7. Nebenangebote

- 7.1 Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen gilt nicht.
- 7.2 Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen) - ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -
- für die gesamte Leistung
 - nur für nachfolgend genannte Bereiche:

 - mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

 - unter folgenden weiteren Bedingungen:

8. Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

- Zuschlagskriterium Preis
 Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.
 Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen.
- _____
- Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.
 Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt. Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstätte für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

9. Zugelassene Angebotsabgabe

9.1 Angebote können abgegeben werden

- schriftlich
- elektronisch in Textform
- elektronisch mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel
- elektronisch mit qualifizierter/m Signatur/Siegel.

9.2 Hinweise zur Angebotsabgabe

Bei schriftlicher Angebotsabgabe ist das beiliegende Angebotsschreiben zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in einem verschlossenen Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an die im Briefkopf genannte Stelle

- nicht an die im Briefkopf genannte, sondern an folgende Stelle *):

zu senden oder dort abzugeben.

Der Umschlag ist mit dem anliegenden Kenn- und Hinweiszettel - Komm (L/D/SKR) Kenn - zu versehen. Er muss ihren Firmennamen, Ihre Anschrift und - soweit nicht vorgedruckt - die Angabe " Objekt ... " und "Angebot für..." (entsprechend den Angaben auf Seite 1) enthalten.

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur / dem geforderten Siegel zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform der Vergabestelle zu übermitteln.

Falls Sie nicht die Absicht haben, ein Angebot abzugeben, werden Sie gebeten, die Vergabestelle baldmöglichst davon zu unterrichten (entfällt bei Öffentlicher Ausschreibung).

*) Soll das Angebot nicht an die im Briefkopf genannte Stelle, sondern an eine andere Stelle gesandt bzw. dort abgegeben werden, ist diese Alternative anzukreuzen. Außerdem ist die andere Stelle hier anzugeben.

10. Weitere Hinweise

11. Nachprüfungsstelle:

(Name, Adresse, Telefon, Fax, E-Mail)



(Unterschrift(en) des Auftraggebers)

Dr. Corinna Clemens

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Dienstleistungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte" (Unterschwellenvergabeordnung - UVgO).

1. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.
Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3. Angebot

- 3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.
- 3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.
- 3.3 Eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig. Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.
- 3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.
- 3.5 Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.
- 3.6 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.
- 3.7 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in "Mischkalkulationen" auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.
- 3.8 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben.
Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.
Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die
- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden
und
- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.
Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4. Nebenangebote

- 4.1 Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden; im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.
- 4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.
- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5. Bietergemeinschaften

- 5.1 Bei schriftlicher Angebotsabgabe haben Bietergemeinschaften mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung nach dem Vordruck - Komm DE (D) Bieter - abzugeben.

Bei elektronischer Angebotsabgabe ist die Erklärung nach dem Vordruck - Komm DE (D) Bieter - mit dem Angebot abzugeben. Auf Verlangen der Vergabestelle ist sie von allen Mitgliedern fortgeschritten oder qualifiziert zu signieren oder mit einem fortgeschrittenen oder qualifizierten Siegel zu versehen.

- 5.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

6. Unterauftragnehmer, Eignungsleihe

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von Unterauftragnehmern ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten im Vordruck - Komm DE (D) Erkl Andere/Unter - benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der Unterauftragnehmer und der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen nach Vordruck - Komm DE (D) Verpflicht Andere/Unter - dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der "Verpflichtungserklärung" (- Komm DE (D) Verpflicht Andere/Unter -) abzugeben. Der Bieter hat Unterauftragnehmer und andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

7. Eignung (Öffentliche Ausschreibung)

Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot
 - entweder den ausgefüllten Vordruck "Eigenerklärungen zur Eignung" (Komm DE (D) EigE)
 - oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)
 ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise vorzulegen.

Bei Einsatz von Unterauftragnehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eignungsnachweise auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten Unterauftragnehmer) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der im Vordruck "Eigenerklärungen zur Eignung" bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Stattdessen kann der Nachweis der Eignung auch durch Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis (z.B. dem durch die Industrie- und Handelskammer eingerichteten PQ-Verzeichnis) oder durch Vorlage eines Zertifikates im Sinne der europäischen Zertifizierungsstandards geführt werden.

Vergabe-/Projekt-Nr.:
kfw432A-Hinterweil

Information zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

im/bei ¹⁾

Stadt Sindelfingen
Stabsstelle Klimaschutz und
nachhaltige Mobilität
Rathausplatz 1
71063 Sindelfingen

(Vergabestelle)

bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen.

Die oben in diesem Vordruck - Komm DE (D) Info DSGVO - genannte Vergabestelle verarbeitet im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge neben unternehmensbezogenen auch personenbezogene Daten. Mit diesem Datenschutzhinweis möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung? ²⁾

Stadt Sindelfingen
Stabsstelle Klimaschutz und nachhaltige Mobilität
Rathausplatz 1
71063 Sindelfingen

2. Wie sind die Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten? ³⁾

Stadt Sindelfingen, Hauptamt, Justitiariat
Datenschutzbeauftragter
Rathausplatz 1, 71063 Sindelfingen
datenschutz@sindelfingen.de

3. Was sind die Rechtsgrundlage und der Zweck der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?

Die oben in diesem Vordruck - Komm DE (D) Info DSGVO - genannte Vergabestelle hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A) sowie die Landeshaushaltsordnung (LHO).

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung des Vergabeverfahrens und erfolgt auf Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. b, c und e DSGVO.

Ohne die Daten sowie die erforderlichen Auskünfte kann kein Zuschlag erteilt werden, da abgegebene Angebote unvollständig und damit auszuschließen sind.

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung stellen. Das sind insbesondere:

- Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Bieter (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer),
- Daten zur Qualifikation/Eignung eingesetzter Beschäftigter des Bieters und
- Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen.

Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern wir dazu rechtlich verpflichtet sind oder Sie eingewilligt haben.

5. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Ihre Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens dokumentiert und der Vergabeakte beigelegt.

¹⁾ Hier Name/Bezeichnung und Kontaktdaten der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle eintragen.
²⁾ Hier Name und Kontaktdaten der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Person der Vergabestelle eintragen.
³⁾ Hier die Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten des Auftraggebers eintragen.

6. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Vergabe-/Projekt-Nr.: kfw432A-Hinterweil
--

Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören:

- Unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. gemäß § 46 Abs. 1 UVgO oder § 19 Abs. 2 VOB/A über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind.
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei einer Auftragssumme ab 30.000,- Euro (ohne Umsatzsteuer) muss der öffentliche Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Abfrage beim Wettbewerbsregister durchführen.
- Für Liefer- und Dienstleistungen gilt: Bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb und Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb ab einem Auftragswert von 25.000,- Euro ohne Umsatzsteuer wird für die Dauer von drei Monaten (§ 30 Abs. 1 UVgO) über jeden vergebenen Auftrag auf unserer Internetseite informiert. Diese Information enthält auch den Namen des beauftragten Unternehmens.

Für Bauleistungen gilt: Bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb ab einem Auftragswert über 25.000,- Euro ohne Umsatzsteuer und bei Freihändigen Vergaben ab einem Auftragswert über 15.000,- Euro ohne Umsatzsteuer wird für die Dauer von sechs Monaten (§ 20 Abs. 3 VOB/A) über jeden vergebenen Auftrag auf unserer Internetseite informiert. Diese Information enthält u.a. auch den Namen des beauftragten Unternehmens.

- Die Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Vergabekammer).
- Gerichte im Falle von Klagen.

7. Wie lange werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten gelten die landesrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen.

8. Welche Rechte haben betroffene Personen?

Sie haben nach der DSGVO verschiedene Rechte. Nähere Informationen ergeben sich insbesondere aus Art. 15 bis 18 und 21 DSGVO.

In einigen Fällen gilt, dass das Recht nicht in Anspruch genommen werden kann oder darf. Sofern dies gesetzlich unzulässig ist, teilen wir Ihnen den Grund für die Verweigerung mit.

Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann - unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - eine Vervollständigung verlangt werden.

Recht auf Löschung

Die betroffene Person kann die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Der Anspruch hängt jedoch u.a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Widerspruch

Soweit die personenbezogenen Daten der Betroffenen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung des Vergabeverfahrens oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist.

Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabestelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

Recht auf Widerruf

Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt.

Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabestelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

Recht auf Beschwerde

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW)
Königstraße 10 a
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/61 55 41 - 0
Telefax: 0711/61 55 41 - 15
<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de>

Objekt: Quartierskonzept
 in: Hinterweil
 Angebot für: Erstellung Quartierskonzept für Hinterweil (Sindelfingen)
gemäß KfW 432 Energetische Stadtsanierung

Besondere Vertragsbedingungen für Dienstleistungen

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

1. Überwachung der Leistung

Die Objekt-/Leistungsüberwachung obliegt dem Auftraggeber.
 Dieser hat den Architekten/den Ingenieur

_____ mit der Wahrnehmung beauftragt.

2.a Lager-, Arbeitsplätze, Anschlüsse

Dem Auftragnehmer werden unentgeltlich zur Benutzung überlassen
 Lager- und Arbeitsplätze:

Stromanschlüsse:

Wasseranschlüsse:

Sonstige Anschlüsse:

2.b Leistungsort, Annahmestelle

Ort: _____

Gebäude: _____

Raum: _____

3. Ausführungsfristen (§ 5)

3.1 Mit den Leistungen ist zu beginnen

unverzüglich nach Erteilung des Auftrages

_____ Werktagen *) nach Erteilung des Auftrags (Datum des Auftragsschreibens)

spätestens am 13.05.2024 (Datum)

in der Zeit vom _____ bis _____

3.2 Die Leistungen sind fertigzustellen

innerhalb von _____ Werktagen *) nach dem vereinbarten Beginn der Ausführung

spätestens am _____ (Datum)

Ende 2024 bzw. nach Absprache

3.2 Folgende Einzelfristen sind Vertragsfristen:

*) Zu den Werktagen zählen auch die Samstage.

4. Vertragsstrafen (§11)

4.1 Vertragsstrafe wegen Verzugs

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für Verzug zu zahlen:

4.1.1 bei Überschreitung der unter 3. genannten Fristen

für jede vollendete Woche _____ v. H.

für jeden Werktag _____ v. H.

des Wertes desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen ist der Wert des nicht nutzbaren Teils der Leistung, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

4.1.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 v.H. _____ v.H. *) der Auftragssumme (netto) begrenzt. 4.3 bleibt unberührt.

4.1.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung verbindlicher Zwischentermine (Einzelfristen als Vertragsfristen) werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

4.2 Vertragsstrafe wegen Verstößen gegen das LTMG **)

Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe 1 v.H. der Auftragssumme (netto) beträgt.

Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch einen von dem Auftragnehmer eingesetzten Unterauftragnehmer oder Verleihunternehmer begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Unterauftragnehmers und des Verleihunternehmers nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe verlangen.

Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 v.H. _____ v.H. *) der Auftragssumme (netto) begrenzt. 4.3 bleibt unberührt.

4.3 Wird sowohl eine Vertragsstrafe nach 4.1 als auch eine Vertragsstrafe nach 4.2 vereinbart, wird die Summe beider Vertragsstrafen auf insgesamt 5 v.H. _____ v.H. *) der Auftragssumme (netto) begrenzt.**6. Rechnungen (§ 15)**

6.1 Alle Rechnungen sind beim Auftraggeber

1 _____ fach
und zugleich bei

_____ fach
einzureichen.

6.2 Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z. B. Mengenberechnungen, Lieferscheine, Aufmaße) sind 1 _____-fach einzureichen.**7. Zahlungsbedingungen (§ 17)**

Vorauszahlungen/Abschlagszahlungen werden nur geleistet, wenn nachfolgend eine Regelung getroffen ist.

8. Sicherheitsleistung (§ 18)

8.1 Stellung der Sicherheit

Sicherheit für die Vertragserfüllung (Komm DE (D) ZVB - Nr. 21) ist in Höhe von _____ v.H. der Auftragssumme (brutto) zu leisten.

Nach erfolgter Abnahme ist Sicherheit für Mängelansprüche (Komm DE (D) ZVB - Nr. 21) in Höhe von _____ v.H. der Abrechnungssumme (brutto) zu leisten.

Für vereinbarte Vorauszahlungen ist Sicherheit durch Bürgschaft zu leisten.

8.2 Sicherheitsleistung durch Bürgschaft

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür der jeweils einschlägige Vordruck des Auftraggebers zu verwenden oder die Bürgschaftserklärung muss den Vordrucken des Auftraggebers entsprechen, und zwar für

- die Vertragserfüllung der Vordruck - KFB(L/D) Sicherheit 1 -
- die Mängelansprüche der Vordruck - KFB(L/D) Sicherheit 2 -
- vereinbarte Vorauszahlungen der Vordruck - KFB(L/D) Sicherheit 3 -

*) Soll eine niedrigere Obergrenze als 5 v.H. vereinbart werden, ist die Alternative anzukreuzen und auszufüllen.

**) Beachte in diesem Zusammenhang auch die Besonderen Vertragsbedingungen zum Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG-BW) - Komm DE (D) BVB LTMG -.

10. Weitere Vereinbarungen – Fortsetzung –:

Zusätzliche Vertragsbedingungen für Dienstleistungen

- Ausgabe 2020 -

Inhaltsübersicht

1	Rangfolge der Vertragsbestandteile	13	Abnahme
2	Art und Umfang der Leistungen	14	Abrechnung
3	Bedarfspositionen	15	Nachweis des Gewichts
4	Technische Regelwerke	16	Rechnungen
5	Änderung der Leistung	17	Leistungen nach Stundenlohnverrechnungssätzen
6	Güteprüfung	18	Zahlungen
7	- frei -	19	Überzahlungen
8	Ausführungsunterlagen	20	- frei -
9	Ausführung der Leistungen	21	Sicherheitsleistung
10	Unterauftragnehmer	22	Bürgschaften
11	- frei -	23	Verträge mit ausländischen Auftragnehmern
12	- frei -		

Hinweis

Die Paragraphen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

1 Rangfolge der Vertragsbestandteile (§ 1)

Bei Widersprüchen innerhalb der Leistungsbeschreibung gelten nacheinander:

- Das Leistungsverzeichnis
- Allgemeine Beschreibung der Dienstleistungen
- Pläne/Zeichnungen

2 Art und Umfang der Leistungen (§ 1)

Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für Verpackung, Aufladen, Beförderung bis zu Anlieferungs- oder Annahmestelle und Abladen, wenn in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist.

Der Auftragnehmer hat Packstoffe zurückzunehmen und ggf. auf seine Kosten zu beseitigen. Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Preis für die Leistung abgegolten.

3 Bedarfspositionen (§ 1)

Sind im Leistungsverzeichnis für die Ausführung einer nur im Bedarfsfall erforderlichen Leistung Bedarfspositionen (Eventualpositionen) vorgesehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die in diesen Positionen beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den Auftraggeber auszuführen. Die Entscheidung über die Ausführung trifft der Auftraggeber i.d.R. nach Auftragserteilung.

4 Technische Regelwerke

In den Vertragsunterlagen genannte DIN-Normen sind in der drei Monate vor dem Ablauf der Angebotsfrist gültigen Fassung maßgebend.

5 Änderung der Leistung (§ 2)

Beansprucht der Auftragnehmer aufgrund von § 2 Nr. 3 eine erhöhte Vergütung, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich - möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach - schriftlich mitzuteilen.

Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die durch die Änderung der Leistung bedingten Mehr- oder Minderkosten nachzuweisen.

6 Güteprüfung (§ 12)

Verlangt der Auftraggeber eine im Vertrag nicht vereinbarte Güteprüfung, werden dem Auftragnehmer die dadurch entstandenen Kosten erstattet.

7 - frei -

8 Ausführungsunterlagen (§ 3)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

9 Ausführung der Leistungen (§ 4)

Der Auftraggeber kann sich über die vertragsmäßige Ausführung der Leistung unterrichten.

10 Unterauftragnehmer (§ 4)

Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Unterauftragnehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Er hat die Unterauftragnehmer bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

Der Auftragnehmer hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschl. Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen Unterauftragnehmers in Textform bekannt zu geben. Beabsichtigt der Auftragnehmer, Leistungen zu übertragen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist, hat er vorher die schriftliche Zustimmung gemäß § 4 Nr. 4 einzuholen.

11 - frei -

12 - frei -

13 Abnahme (§ 13)

Die Lieferung oder Leistung wird förmlich abgenommen.

Die Gefahr geht, wenn nichts anderes vereinbart ist, auf den Auftragsgeber über

- bei Lieferleistungen mit der Übernahme an der Anlieferungsstelle,
- bei Aufbauleistungen mit der Abnahme.

14 Abrechnung (§ 15)

Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung der Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.

Die Originale der Aufmaßblätter, Liefer-/Wiegescschein und ähnliche Abrechnungsbelege erhält der Auftraggeber, die Durchschriften der Auftragnehmer.

15 Nachweis des Gewichts (§ 15)

Wenn für die Abrechnung von Stoffen nach Gewicht im Vertrag keine andere Regelung getroffen ist, so ist der Verbrauch durch Vorlage der Wiegescschein einer geeichten Waage laufend nachzuweisen.

Die Wiegescschein müssen die folgenden Angaben enthalten:

- Lieferwerk,
- Verwendungsstelle,
- Bezeichnung des Wägegutes,
- Nummer des Wiegescscheins,
- Datum und Uhrzeit der Wägung,
- Taragewicht (T), kein gespeicherter mittlerer Tarawert (PT),
- Bruttogewicht (B),
- Nettogewicht (N),
- Kennzeichnung des Fahrzeugs (betriebeigene Bezeichnung/amtliches Kennzeichen).

Die Wiegescschein sind bei der Anlieferung an der Verwendungsstelle vom Auftragnehmer abzuzeichnen und unverzüglich in doppelter Ausfertigung dem Auftraggeber zu übergeben.

Die Originale der Wiegescschein erhält der Auftraggeber, die bestätigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

Bei schüttfähigem Gut, das nicht zum Anhaften neigt, wie z. B. Sand, Kies, wiederaufbereitete (Recycling-) Stoffe, kann der Nachweis des Gewichts durch Wiegescschein von geeichten Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen erfolgen.

Beim Einsatz von Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

- Der Wiegescschein muss eine Erklärung enthalten, dass es sich um eine geeichte Waage handelt.
- Anstelle des Ausdruckes von Tara- und Bruttogewicht tritt das Nettogesamtgewicht des Ladegutes sowie zusätzlich bei Schaufellader-Waagen die Anzahl der geladenen Schaufeln (Ladevorgänge).
- Die Wiegescschein sind vom Bedienungspersonal der Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen zu unterschreiben.

Der Auftraggeber kann stichprobenartig das Gewicht einzelner Lieferungen durch Nachwiegen des beladenen und leeren Fahrzeugs nachprüfen (Kontrollwägung).

Hierbei ist der Auftraggeber berechtigt, kontinuierlich über den Zeitraum der Lieferungen, bei 10 % der Lieferungen Kontrollwägungen durchführen zu lassen. Diese Kontrollwägungen werden dem Auftragnehmer nicht vergütet. Andere Kontrollwägungen werden vom Auftraggeber vergütet. Zu den Kosten der Kontrollwägung rechnen alle unmittelbar (Transportkosten, Wiegegebühren usw.) und mittelbar (Wertminderung der Ladung, Einfluss auf den Baustellenbetrieb usw.) durch die Kontrollwägung entstehenden Kosten, jedoch nicht die Kosten für die Beaufsichtigung der Kontrollwägung durch den Beauftragten des Auftraggebers. Sofern die Kosten zu vergüten sind, sind sie im Einzelnen nachzuweisen.

Wird bei einer Kontrollwägung eine Unterschreitung von mehr als 1 % festgestellt, erfolgt ein entsprechender Abzug.

16 Rechnungen (§ 15)

Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistungen gilt.

Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.

In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

17 Leistungen nach Stundenlohnverrechnungssätzen (§ 16)

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenlohnverrechnungssätzen arbeitstäglich Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum
 - die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes bzw. der Leistungsstelle,
 - die Art der Leistung
 - die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
 - die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
 - die Gerätekenngößen
- enthalten.

Die Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgliedert werden.

Die Originale der Stundenlohnzettel behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

18 Zahlungen (§ 17)

Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet.

Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Die gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

19 Überzahlungen (§ 17)

Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten.

Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen gemäß §§ 247, 288 Abs. 2 BGB und eine Pauschale gemäß § 288 Abs. 5 BGB zu zahlen.

20 - frei -**21 Sicherheitsleistung (§ 18)**

Die Sicherheit für die Vertragserfüllung erstreckt sich auf die vertragsgemäße Ausführung der Leistung.

Die Sicherheit für Mängelansprüche erstreckt sich auf die Erfüllung der Mängelansprüche.

22 Bürgschaften (§ 18)

Die Bürgschaftsurkunden müssen den Anforderungen des Auftraggebers entsprechen (§ 18 Nr. 4 Abs. 1 Halbsatz 2 VOL/B). Hierunter fallen ggf. folgende Erklärungen des Bürgen:

" - Der Bürge ... [Name und Anschrift des Bürgen] ... übernimmt hiermit für den Auftraggeber die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.

Er verpflichtet sich, jeden Betrag bis zu einer Gesamthöhe von ... [Betrag] ... Euro an den Auftraggeber zu zahlen.

- Auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet. Sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle."

Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

23 Verträge mit ausländischen Auftragnehmern

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Besondere Vertragsbedingungen zum Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG-BW)

1. Mindestentgelte

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

- (1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;
- (2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;
- (3) für Leistungen,
 - deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
 - die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
 - die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,
 seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt zu bezahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für Behinderte oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 141 Satz 1 und 143 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachunternehmens ausgeführt.
- (4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

2. Unterauftragnehmer

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

- (1) seine Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,
- (2) sicherzustellen, dass die Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,
- (3) die von den Unterauftragnehmern und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,
- (4) Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

3. Kontrolle

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

- (1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Unterauftragnehmern und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,
- (2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,
- (3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Unterauftragnehmern und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,
- (4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

4. Sanktionen

- (1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen - Komm DE (D) BVB - , Nr. 4 vereinbart.
- (2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.
- (3) Die Bestimmungen des § 11 VOL/B bleiben hiervon unberührt.
- (4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG
 - kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von seinen Auftragsvergaben ausschließen,
 - informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.

(Ort, Datum)

(Telefon, Telefax)

(Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse des Bieters)

Stadt Sindelfingen, Amt für Finanzen
Zentrale Vergabestelle, Zi. 2.07
Rathausplatz 1
71063 Sindelfingen

Vergabe-/Projekt Nr.:
kfw432A-Hinterweil

Öffentliche Ausschreibung *)
 Beschränkte Ausschreibung *)
 Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb *)
 Verhandlungsvergabe *)
 Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb *)

Ablauf der Angebotsfrist: *)
 Datum: _____ Uhrzeit: _____

Bindefrist endet am: *)
 Datum: _____

Angebot für Dienstleistungen

Objekt: Quartierskonzept *)
in: Hinterweil
Angebot für: Erstellung Quartierskonzept für Hinterweil (Sindelfingen)
gemäß KfW 432 Energetische Stadtsanierung

1.1 Anlagen **), die Vertragsbestandteil werden:

- Begleitschreiben
- Leistungsbeschreibung bzw. selbst gefertigte Kurzfassung oder Abschrift des Leistungsverzeichnisses mit den darin verlangten Angaben und Erklärungen
- Erklärung der Bietergemeinschaft - Komm DE (D) Bieter -
- Verzeichnis Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen - Komm DE (D) Erkl Andere/Unter
- Verpflichtungserklärung Mindestlohn 1 - Komm DE (D) Verpflicht LTMG AEG 1)
- Verpflichtungserklärung Mindestlohn 2 - Komm DE (D) Verpflicht LTMG MinEntgelt 1)
- Nebenangebot(e)
- _____
- _____

1.2 Nicht beigefügte Vertragsbestandteile: *)

- Besondere Vertragsbedingungen - Komm DE (D) BVB - Seite(n) _____ bis _____
- Zusätzliche Vertragsbedingungen - Komm DE (D) ZVB -
- Besondere Vertragsbedingungen LTMG-BW - Komm DE (D) BVB LTMG - 1)
- Pläne und Zeichnungen Nr. _____
- _____
- _____

1.3 Anlagen **), die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden:

- Eigenerklärung zur Eignung (nur bei öffentlicher Ausschreibung) - Komm DE (D) EigE -
- _____
- _____
- _____

*) Zutreffendes vom Auftraggeber anzukreuzen bzw. auszufüllen
 **) Zutreffendes vom Bieter anzukreuzen bzw. auszufüllen
 1) Hier ankreuzen, falls der Vertrag unter das Landestarifreue- und Mindestlohngesetz für Baden-Württemberg (LTMG) fällt, vgl. § 2 LTMG.

2. Ich/Wir biete(n) die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an. An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.
3. Die Angebotssumme gemäß Leistungsbeschreibung zum Hauptangebot beträgt:

3.1 Hauptangebot		Endbetrag einschl. Umsatzsteuer (ohne Nachlass) **)	Preisnachlass ohne Bedingungen auf die Abrechnungssumme % **)
3.1.1	<input type="checkbox"/> keine Vergabe nach Losen *) Gesamtsumme	€	
3.1.2	<input type="checkbox"/> Vergabe nach Losen *)		
	Los	€	

3.1.3 Nebenangebote **)		Endbetrag einschl. Umsatzsteuer (ohne Nachlass)	Preisnachlass ohne Bedingungen auf die Abrechnungssumme %
Sofern zugelassen, siehe Nr. 7 "Aufforderung zur Angebotsabgabe" - Komm DE (D) Auf -			
Nr.:	Kurzbezeichnung:	€	
Nr.:	Kurzbezeichnung:	€	

4. Skonto **)

Ich biete / Wir bieten ein Skonto von _____ v.H. bei Zahlungen innerhalb von _____ Werktagen ¹⁾ nach Eingang der Rechnung beim Auftraggeber. Das Skontierungsangebot bezieht sich auf jede einzelne Zahlung.

5. Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und den unter Nr. 1.1 und Nr. 1.2 genannten Vertragsbestandteilen:

- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Ausgabe 2003

6. Bevorzugter Bieter **)

Ich bin / Wir sind bevorzugter Bieter laut beigefügtem / vorliegenden Nachweis.

7. Ausländisches Unternehmen, Bietergemeinschaft **)

Ich bin / Wir sind ein ausländisches Unternehmen aus einem

EU-Staat

Nationalität _____ (bitte internationales KfZ-Kennzeichen eintragen)

anderen Staat

Wir sind eine Bietergemeinschaft, Angaben zur Nationalität der Unternehmen sind im Vordruck - Komm DE (D) Bieter - gemacht.

8. Einsatz von Unterauftragnehmer **)

Ich werde/wir werden alle Leistungen im eigenen Betrieb ausführen.

Ich werde/wir werden Leistungen an Unterauftragnehmer vergeben. Diese Leistungen sind im Vordruck - Komm DE (D) Erkl Andere/Unter - genannt

*) Zutreffendes vom Auftraggeber ausfüllen bzw. ankreuzen

***) Zutreffendes vom Bieter ausfüllen bzw. ankreuzen

¹⁾ Die Tage, innerhalb derer eine Zahlbarmachung möglich ist, sind vom Auftraggeber einzutragen (z.B. 14 Werktage)

9. Präqualifikation **)

Ich bin / Wir sind präqualifiziert.

Ein Nachweis über den Eintrag in einem amtlichen PQ-Verzeichnis oder ein Zertifikat ist beigelegt.

10. Weitere Erklärungen

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir die gewerberechtlchen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).
- ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
- mir/uns zugegangene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz "oder gleichwertig" enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde(n), falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.

10. Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Teile des Angebots.

Ort, Datum, Stempel und Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

Ist

- ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben,
 - bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
 - ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgesehen signiert/mit elektronischem Siegel versehen,
- wird das Angebot ausgeschlossen.**

***) Zutreffendes vom Bieter ausfüllen bzw. ankreuzen

Vergabe-/Projekt-Nr.:
kfw432A-Hinterweil

Erklärung der Bietergemeinschaft

Objekt: Quartierskonzept

in: Hinterweil

Angebot für: Erstellung Quartierskonzept für Hinterweil (Sindelfingen)
gemäß KfW 432 Energetische Stadtsanierung

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft, beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft - Arge - zu bilden.

Dazu erklären wir, dass

- der unten bezeichnete bevollmächtigte Vertreter die Bieter-/Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen (sofern nichts anderes vereinbart wird) und
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Bevollmächtigter Vertreter ist:

Die Mitglieder der Bietergemeinschaft und ggf. der Arbeitsgemeinschaft sind:

Firmenname und Adresse:

Unterschrift des Mitgliedes:

Ich bin/ präqualifiziert. Ein Nachweis über den Eintrag in einem amtlichen PQ-Verzeichnis oder ein Zertifikat ist beigelegt.
Wir sind nicht präqualifiziert und gebe(n) im Vordruck - Komm DE (D) EigE - die verlangten Eigenerklärungen ab.
 ein ausländisches Unternehmen aus einem EU-Staat Nationalität _____ (Bitte internationales Kfz-Kennzeichen eintragen)
 anderen Staat

Firmenname und Adresse:

Unterschrift des Mitgliedes:

Ich bin/ präqualifiziert. Ein Nachweis über den Eintrag in einem amtlichen PQ-Verzeichnis oder ein Zertifikat ist beigelegt.
Wir sind nicht präqualifiziert und gebe(n) im Vordruck - Komm DE (D) EigE - die verlangten Eigenerklärungen ab.
 ein ausländisches Unternehmen aus einem EU-Staat Nationalität _____ (Bitte internationales Kfz-Kennzeichen eintragen)
 anderen Staat

Firmenname und Adresse:

Unterschrift des Mitgliedes:

Ich bin/ präqualifiziert. Ein Nachweis über den Eintrag in einem amtlichen PQ-Verzeichnis oder ein Zertifikat ist beigelegt.
Wir sind nicht präqualifiziert und gebe(n) im Vordruck - Komm DE (D) EigE - die verlangten Eigenerklärungen ab.
 ein ausländisches Unternehmen aus einem EU-Staat Nationalität _____ (Bitte internationales Kfz-Kennzeichen eintragen)
 anderen Staat

Vergabe-/Projekt-Nr.:
kfw432A-Hinterweil

Firmenname und Adresse:

Unterschrift des Mitgliedes:

Ich bin/
Wir
sind präqualifiziert. Ein Nachweis über den Eintrag in einem amtlichen PQ-Verzeichnis oder ein Zertifikat ist beigefügt.
 nicht präqualifiziert und gebe(n) im Vordruck - Komm DE (D) EigE - die verlangten Eigenerklärungen ab.
 ein ausländisches Unternehmen aus einem EU-Staat Nationalität _____ (Bitte internationales Kfz-Kennzeichen eintragen)
 anderen Staat

Firmenname und Adresse:

Unterschrift des Mitgliedes:

Ich bin/
Wir
sind präqualifiziert. Ein Nachweis über den Eintrag in einem amtlichen PQ-Verzeichnis oder ein Zertifikat ist beigefügt.
 nicht präqualifiziert und gebe(n) im Vordruck - Komm DE (D) EigE - die verlangten Eigenerklärungen ab.
 ein ausländisches Unternehmen aus einem EU-Staat Nationalität _____ (Bitte internationales Kfz-Kennzeichen eintragen)
 anderen Staat

Firmenname und Adresse:

Unterschrift des Mitgliedes:

Ich bin/
Wir
sind präqualifiziert. Ein Nachweis über den Eintrag in einem amtlichen PQ-Verzeichnis oder ein Zertifikat ist beigefügt.
 nicht präqualifiziert und gebe(n) im Vordruck - Komm DE (D) EigE - die verlangten Eigenerklärungen ab.
 ein ausländisches Unternehmen aus einem EU-Staat Nationalität _____ (Bitte internationales Kfz-Kennzeichen eintragen)
 anderen Staat

Firmenname und Adresse:

Unterschrift des Mitgliedes:

Ich bin/
Wir
sind präqualifiziert. Ein Nachweis über den Eintrag in einem amtlichen PQ-Verzeichnis oder ein Zertifikat ist beigefügt.
 nicht präqualifiziert und gebe(n) im Vordruck - Komm DE (D) EigE - die verlangten Eigenerklärungen ab.
 ein ausländisches Unternehmen aus einem EU-Staat Nationalität _____ (Bitte internationales Kfz-Kennzeichen eintragen)
 anderen Staat

Firmenname und Adresse:

Unterschrift des Mitgliedes:

Ich bin/
Wir
sind präqualifiziert. Ein Nachweis über den Eintrag in einem amtlichen PQ-Verzeichnis oder ein Zertifikat ist beigefügt.
 nicht präqualifiziert und gebe(n) im Vordruck - Komm DE (D) EigE - die verlangten Eigenerklärungen ab.
 ein ausländisches Unternehmen aus einem EU-Staat Nationalität _____ (Bitte internationales Kfz-Kennzeichen eintragen)
 anderen Staat

Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen

Vergabe-/Projekt-Nr.:
kfw432A-Hinterweil

(Datum)

Objekt: Quartierskonzept *)

in: Hinterweil

Angebot für: Erstellung Quartierskonzept für Hinterweil (Sindelfingen)
gemäß KfW 432 Energetische Stadtsanierung

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich/benennen wir Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns Unterauftragnehmer bzw. anderer Unternehmen bedienen werde(n).

Wegen der Besonderheit der Leistungen sind ausnahmsweise bereits mit dem Angebot, für die benannten Teilleistungen, auch die Namen der Unterauftragnehmer bzw. anderen Unternehmen sowie deren Anschriften anzugeben. *) 1)

Leistung/Kapazität Nr. 1 **)

OZ, Leistungsbereich	Kurzbeschreibung der Teilleistung	Name und Anschrift des Unternehmens	Eignungsleihe ***) (Ja/Nein)

Leistung/Kapazität Nr. 2 **)

OZ, Leistungsbereich	Kurzbeschreibung der Teilleistung	Name und Anschrift des Unternehmens	Eignungsleihe ***) (Ja/Nein)

Leistung/Kapazität Nr. 3 **)

OZ, Leistungsbereich	Kurzbeschreibung der Teilleistung	Name und Anschrift des Unternehmens	Eignungsleihe ***) (Ja/Nein)

Leistung/Kapazität Nr. 4 **)

OZ, Leistungsbereich	Kurzbeschreibung der Teilleistung	Name und Anschrift des Unternehmens	Eignungsleihe ***) (Ja/Nein)

*) Zutreffendes vom Auftraggeber ausfüllen oder ankreuzen.
 **) Zutreffendes vom Bieter ausfüllen oder ankreuzen.
 ***) Sofern für die von einem Unterauftragnehmer zu erbringende Teilleistung der Bieter nicht geeignet ist, liegt ein Fall der Eignungsleihe hinsichtlich der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit vor.
 1) Der Auftraggeber sollte diese Option nur in begründeten Ausnahmefällen ankreuzen.

Vergabe-/Projekt Nr.: <u>kfw432A-Hinterweil</u>
--

Objekt: Quartierskonzept *)

in: Hinterweil

Angebot für: Erstellung Quartierskonzept für Hinterweil (Sindelfingen) *)

gemäß KfW 432 Energetische Stadtsanierung *)

Eigenerklärungen zur Eignung - Seite 1 und 2 **)

Ich/Wir: _____

Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse

bin/sind

- Bewerber
- Bieter
- Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft
- Unterauftragnehmer
- anderes Unternehmen

und gebe/geben folgende Eigenerklärungen ab:

a) Umsatz des Unternehmens

Mein/unser Unternehmen hatte in den letzten drei ¹⁾ Jahren folgende Umsätze, die Leistungen betreffen, welche mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind und den Anteil bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen einschließen:

Jahr	Umsatz	
_____	_____	€
_____	_____	€
_____	_____	€
_____	_____	€

b) Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind / Referenzen

Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir in den letzten drei ¹⁾ Jahren Leistungen ausgeführt habe/haben, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Beachte: Wenn diese Erklärung angekreuzt wurde, sind Angaben für mindestens drei ²⁾ Referenzen auf den Seiten 3 und 4 zu machen!

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zu den benannten Referenzen jeweils den Ansprechpartner des damaligen Auftraggebers benennen.

c) Arbeitskräfte

Ich erkläre/Wir erklären, dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Beschäftigten zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei ¹⁾ Jahren jahresdurchschnittlich Beschäftigten angeben. Die für die Leistung vorgesehenen Personen werde ich benennen.

*) Vom Auftraggeber auszufüllen.
 **) sämtliche nachfolgenden Erklärungen sind vom Bewerber/Bieter/Unterauftragnehmer/anderen Unternehmen, sofern zutreffend, auszufüllen bzw. anzukreuzen.
 1) Hier hat der Auftraggeber die Möglichkeit, eine andere Zahl an Jahren vorzugeben.
 2) Hier hat der Auftraggeber die Möglichkeit, eine andere Zahl an Referenzen vorzugeben.

Vergabe-/Projekt Nr.:

kfw432A-Hinterweil**d) Eintragung in das Berufsregister**

- Ich bin/wir sind nicht zur Eintragung in ein Berufsregister verpflichtet.
- Ich bin/wir sind eingetragen bei:

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung die entsprechende Bescheinigung vorlegen.

e) Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

f) Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt

Ich/Wir erkläre(n), dass

- für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder § 124 GWB vorliegen.
- ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
- für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 124 GWB vorliegt.
- zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

g) Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen ¹⁾ vorlegen.

h) Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

Ort, Datum

Unterschrift

(Ort, Datum und Unterschrift sind nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebots ist.)

¹⁾ Soweit des Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt.

Ergänzende Eigenerklärungen zur Eignung - Seite 3 und 4

Vergabe-/Projekt Nr.: kfw432A-Hinterweil
--

Zu Buchstabe

b) In dem unter Erklärung b) genannten Zeitraum habe ich/haben wir Leistungen ausgeführt, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

1. Objekt: _____
 in: _____
 Auftraggeber: _____
 Anschrift: _____
 Leistung: _____
 Ort der Ausführung: _____
 Ausführungszeit: _____

von: _____ bis: _____

Ich war/Wir waren: Hauptauftragnehmer ARGE-Partner Unterauftragnehmer

und habe/haben mit eigenem Betrieb folgende Leistungen ausgeführt:

Leistung	Menge, Einheit
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

Auftragswert der gesamten Leistung: _____ €
 eigenen Leistung: _____ €

Hierfür waren durchschnittlich eingesetzt: Arbeitnehmer: _____ (Anzahl) Leitungskräfte: _____ (Anzahl).

Es gab folgende besondere technische / gerätespezifische / zeitliche / sonstige Anforderungen:

2. Objekt: _____
 in: _____
 Auftraggeber: _____
 Anschrift: _____
 Leistung: _____
 Ort der Ausführung: _____
 Ausführungszeit: _____

von: _____ bis: _____

Ich war/Wir waren: Hauptauftragnehmer ARGE-Partner Unterauftragnehmer

und habe/haben mit eigenem Betrieb folgende Leistungen ausgeführt:

Leistung	Menge, Einheit
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

Auftragswert der gesamten Leistung: _____ €
 eigenen Leistung: _____ €

Hierfür waren durchschnittlich eingesetzt: Arbeitnehmer: _____ (Anzahl) Leitungskräfte: _____ (Anzahl).

Es gab folgende besondere technische / gerätespezifische / zeitliche / sonstige Anforderungen:

Vergabe-/Projekt Nr.:
kfw432A-Hinterweil

3. Objekt: _____
 in: _____
 Auftraggeber: _____
 Anschrift: _____
 Leistung: _____
 Ort der Ausführung: _____
 Ausführungszeit: _____

von: _____ bis: _____

Ich war/Wir waren: Hauptauftragnehmer ARGE-Partner Unterauftragnehmer

und habe/haben mit eigenem Betrieb folgende Leistungen ausgeführt:

Leistung	Menge, Einheit
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

Auftragswert der gesamten Leistung: _____ €

eigenen Leistung: _____ €

Hierfür waren durchschnittlich eingesetzt: Arbeitnehmer: _____ (Anzahl) Leitungskräfte: _____ (Anzahl).

Es gab folgende besondere technische / gerätespezifische / zeitliche / sonstige Anforderungen:

4. Objekt: _____
 in: _____
 Auftraggeber: _____
 Anschrift: _____
 Leistung: _____
 Ort der Ausführung: _____
 Ausführungszeit: _____

von: _____ bis: _____

Ich war/Wir waren: Hauptauftragnehmer ARGE-Partner Unterauftragnehmer

und habe/haben mit eigenem Betrieb folgende Leistungen ausgeführt:

Leistung	Menge, Einheit
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

Auftragswert der gesamten Leistung: _____ €

eigenen Leistung: _____ €

Hierfür waren durchschnittlich eingesetzt: Arbeitnehmer: _____ (Anzahl) Leitungskräfte: _____ (Anzahl).

Es gab folgende besondere technische / gerätespezifische / zeitliche / sonstige Anforderungen:

Vergabe-/Projekt Nr.:
kfw432A-Hinterweil

Objekt: Quartierskonzept *)

in: Hinterweil *)

Angebot für: Erstellung Quartierskonzept für Hinterweil (Sindelfingen) *)
gemäß KfW 432 Energetische Stadtsanierung

Bieter: _____ (**)

Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

Ich/Wir _____ (**)

Name und Anschrift

bin/sind Bieter Mitglied der Bietergemeinschaft Unterauftragnehmer Verleihunternehmen

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen der Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
- dass ich sicherstelle/dass wir sicherstellen, dass die Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass

- mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

Diese Verpflichtungserklärung

- ist vom Bieter mit dem Angebot abzugeben und muss hier nicht unterschrieben werden.
- muss vom Mitglied der Bietergemeinschaft, dem Unterauftragnehmer usw. hier unterschrieben werden.

Datum _____

Unterschriften _____

Firmenstempel _____

*) Vom Auftraggeber ausfüllen oder ankreuzen.
**) Vom Bieter nach Bedarf auszuwählen und ankreuzen.

Vergabe-/Projekt Nr.: kfw432A-Hinterweil
--

Objekt: Quartierskonzept *)

in: Hinterweil *)

Angebot für: Erstellung Quartierskonzept für Hinterweil (Sindelfingen) *)
gemäß KfW 432 Energetische Stadtsanierung

Bieter: _____ **)

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom Arbeitnehmerentendegesetz erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

Ich/Wir _____ **)

 Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse

bin/sind Bieter Mitglied der Bietergemeinschaft Unterauftragnehmer Verleihunternehmen

Ich erkläre/Wir erklären, **)

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
- oder
- mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.
- dass ich mir/wir uns
- von einem von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen der Unterauftragnehmer und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
- oder
- von einem von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieser den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass

- mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und der von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,

*) Vom Auftraggeber ausfüllen oder ankreuzen.
 **) Vom Bieter auszuwählen und ankreuzen.

Vergabe-/Projekt Nr.:
kfw432A-Hinterweil

- mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Unterauftragnehmer und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
- der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,

Diese Verpflichtungserklärung

- **ist vom Bieter mit dem Angebot abzugeben und muss hier nicht unterschrieben werden. 1)**
- **muss vom Mitglied der Bietergemeinschaft, dem Unterauftragnehmer usw. hier unterschrieben werden.**

Datum

Unterschriften

Firmenstempel

1) Wird die Erklärung mit dem Angebot abgegeben, gilt sie mit der Unterschrift unter dem Angebotsschreiben - wie alle anderen Teile des Angebotes - als unterschrieben.

Leistungsbeschreibung

für

die Erstellung eines Quartierskonzept

Sindelfingen Hinterweil

Inhalt

Leistungsbeschreibung – Quartierskonzept Sindelfingen-Hinterweil.....	3
Anforderungen und Leistungen	4
Anforderungen an das Quartierkonzept	4
Leistungen	5
1. Allgemein.....	5
2. Projektmanagement.....	5
3. Terminschiene	6
4. Leistungsverzeichnis.....	6
4.1. Ausgangsanalyse.....	6
4.2. Erstellung einer fortschreibbaren Energie- und Treibhausgasbilanz	7
4.3. Potenzialanalyse	8
4.4. Szenarioentwicklung.....	8
4.5. Entwicklung Leitbild.....	8
4.6. Maßnahmenkatalog	9
4.6.1. Aufstellen der Maßnahmen.....	9
4.6.2. Hemmnisanalyse	9
4.6.3. Erfolgskontrolle und Monitoring	9
4.7. Öffentlichkeitsbeteiligung	9
4.7.1. Informationsmaterialien.....	10
5. Erläuterung Zuschlagskriterien.....	10
6. Anlagen.....	10
Anlage 1: Inhaltliche Mindestanforderung des KfW Programms (432 – Variante A)	11

Leistungsbeschreibung – Quartierskonzept Sindelfingen-Hinterweil

Einleitung

Die Stadt Sindelfingen sieht Klimaschutz und Klimafolgenanpassung als eine bedeutende kommunale Querschnittsaufgabe. Gemeinderat und Verwaltung haben sich im Juli 2022 das Ziel Klimaneutralität bis 2040 gesetzt, sowie das Zwischenziel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 %.

Motivation

Bereits das Integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Sindelfingen von 2013 stellte im Rahmen der Untersuchung der so genannten „Fokusgebiete“ fest, dass im Stadtteil Hinterweil aus energetischer Sicht (u.a. hoher Anteil mit Strom beheizter Gebäude) ein besonders hoher Handlungsbedarf besteht. 2018 beauftragte der Gemeinderat die Verwaltung damit, mit Blick auf eine künftige Antragstellung für ein Quartier im Rahmen der „Sozialen Stadt“ die Stadtbezirke Goldberg, Rotbühl, Spitzholz und Hinterweil zu untersuchen (SV 114/2018). Die Ergebnisse dieser Analyse sowie die Empfehlungen des Gutachters STEG (Stadtentwicklung GmbH Stuttgart) und der Verwaltung zur Auswahl desjenigen Quartiers, für das Maßnahmen für einen Programmantrag (Programm „Soziale Stadt“ ersetzt durch aktuelles Programm „Sozialer Zusammenhalt“) durchgeführt werden sollen, wurden dem Gemeinderat in einer separaten Vorlage zur Entscheidung vorgelegt (SV 61/2021).

Für den Stadtteil Hinterweil identifiziert der Gutachter - wie bereits das Klimaschutzkonzept 2013 - weiterhin einen besonderen Bedarf an energetischer Sanierung und sieht in den Wohnstätten mit ihrem großen Wohnungsbestand im Hinterweil einen zentralen und an energetischer Sanierung ebenfalls interessierten Akteur. Für das Hinterweil wird daher nicht die Antragstellung im Rahmen des Programms „Sozialer Zusammenhalt“, sondern entsprechend der Gutachterempfehlung die „Erarbeitung eines integrierten Stadtteilkonzepts mittels KfW 432 mit dem Ziel der Durchführung von energetischen Maßnahmen unter Berücksichtigung von sozialen Aspekten“ vorgeschlagen.

Die kommunale Wärmeplanung sieht in der Entwicklung eines Quartierskonzepts für das Hinterweil als dicht bebautem Quartier mit sanierungsbedürftigem Bauungsstand, dessen Wärmebedarf aktuell überwiegend mit Gas- und Stromdirektheizungen gedeckt wird, ein Pilotprojekt mit Vorbildwirkung für andere Stadtquartiere.

Die Erarbeitung eines integrierten Quartierskonzepts gem. KfW 432 für das Hinterweil wurde am 14.12.2021 durch den Gemeinderat beschlossen (SV 255/2021). Die Kosten für die Erstellung dieses Konzepts werden gemäß Förderzusage zu 75% über einen Zuschuss der KfW finanziert. Das Konzept muss eng mit den Ergebnissen der kommunalen Wärmeplanung (vgl. SV 85/2024) verknüpft werden.

Das Projekt wird mit vorliegenden Ausschreibungsunterlagen gestartet.

Rolle der existierenden Konzepte

Die Stadt Sindelfingen hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zahlreiche Konzepte und Planungen mit Klimaschutz-Relevanz erarbeitet. Diese sind Ausgangspunkt, Grundlage und teilweise Bestandteil des Sanierungskonzepts:

- [Integriertes Klimaschutzkonzept 2013](#)
- [Energie- und Treibhausgasbilanz 2019](#)
- [E-Lade-Konzept \(2022\)](#)
- Solaroffensive (2022)
- [Masterplan Schulen- Beschluss zur GS/RS Hinterweil \(2023\)](#)
- [Kommunaler Wärmeplan Sindelfingen \(2024\)](#)
- Handlungsprogramm Wohnen 2030

Hinzu kommen mehrere abgeschlossene und laufende Untersuchungen im Bereich der Klimafolgenanpassung:

- Hochwassergefahrenkarten (2015)
- [Hitzebelastungsanalyse 2018](#)
- Kaltluftentstehung und -zirkulation 2023
- Starkregenrisikoanalyse 2023 (in Bearbeitung)
- Klimaanpassung im Landkreis Böblingen - Hinweise für die klimafeste Stadt- und Ortsentwicklung - [KlimaBB](#) (2022, Landkreis Böblingen & Verband Region Stuttgart)

Anforderungen und Leistungen

Anforderungen an das Quartierkonzept

Mit vorliegender Ausschreibung wird ein Quartierkonzept für den Stadtteil Hinterweil beauftragt, welcher die Anforderungen des KfW-Programms 432 (Variante – A) „Energetische Stadtsanierung“ erfüllt.

Schwerpunkt des Konzeptes ist ein handlungsorientierter Maßnahmenkatalog, welcher als Umsetzungs- und Arbeitsgrundlage dient. Die schriftliche Ausarbeitung des Berichtes sollte kompakt und auf das Wesentliche reduziert sein.

Leistungen

1. Allgemein

Der Auftragnehmer hat das Quartierskonzept bis Ende des Jahres 2024 zu entwickeln, die notwendigen Daten und Fakten zur Gestaltung und Umsetzung des Konzepts zu erheben und den Gesamtprozess zu begleiten.

Die Kosten je Leistung sowie die Stundensätze, getrennt nach Funktion, sind in Anlage 2: Honorar und Informative Abfrage Stundensätze zwingend aufzuführen. Diese werden Vertragsbestandteil.

Eine sich abzeichnende Überschreitung der Obergrenze ist vom Auftragnehmer vorab rechtzeitig schriftlich anzuzeigen. Ob und wenn ja welche weitergehenden Leistungen beauftragt werden, müssen vorab mit dem Auftraggeber abgestimmt werden. Für die Beauftragung der weitergehenden Leistungen bedarf es der Schriftform. Die Stundensätze und deren Verteilung gehen nicht in die Bewertung ein.

2. Projektmanagement

Der Auftragnehmer übernimmt das Projektmanagement, insbesondere die Termin- und Ressourcenplanung sowie Problemlösung. Die Erreichbarkeit der Projektleiter oder Stellvertreter ist im Rahmen der üblichen Arbeitszeiten (werktags 9-12 und 14–16 Uhr) zu gewährleisten.

Die Abstimmung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber erfolgt in regelmäßigen Abstimmungsterminen per Teams oder telefonisch.

In regelmäßige Projektsitzungen (verwaltungsintern, persönlich oder per Videokonferenz, wobei monatlich wenigstens eine persönlich vor Ort vorzusehen) erfolgt die Präsentation der Zwischenergebnisse und die Diskussion über die weitere Vorgehensweise.

Zum Abschluss des Konzepts sind bis zu zwei Vorstellungen in städtischen Gremien sowie – optional – eine öffentliche Vorstellung vorzusehen.

Das Quartierskonzept wird dem Auftraggeber als Abschlussbericht im Microsoft Word-Format übermittelt. Zusätzlich zum kompakt zu haltenden Quartierskonzept ist eine ansprechend gestaltete Kurzfassung als Word-Dokument sowie eine Präsentation (PowerPoint) zu erstellen. Darüber hinaus werden dem Auftraggeber die erhobenen und verwendeten Daten (in verarbeitbarer Form) überlassen. Im Konzept verwendete Diagramme und Abbildungen werden mit den jeweils zugehörigen Daten zur Verfügung gestellt. Datenmaterialien welche in Karten dargestellt werden können, werden in einem üblichen Format (Geoinfo-Daten) zur Verfügung gestellt.

Mit der Übergabe des Berichts an den Auftraggeber gehen auch die Nutzungsrechte daran auf den Auftraggeber über.

3. Terminalschiene

Aufgrund der bereits beantragten und verlängerten Förderung muss der Start des Projektes zeitnah erfolgen.

Vergabebeschluss Technik- und Umweltausschuss	08. Mai 2024
Start Arbeitsauftrag	13. Mai 2024
Projektabschluss	31. Dezember 2024 ¹

4. Leistungsverzeichnis

4.1. Ausgangsanalyse

In der ersten Phase des Quartierskonzepts wird der Ist-Zustand im Quartier über alle Sektoren ermittelt.

4.1.1. Regulatorisches Umfeld

Die Bestandsanalyse erfolgt im Kontext der für das Quartier bestehenden Rahmenbedingungen. Der erste Schritt besteht daher in der Sichtung der vorliegenden Pläne mit dem Fokus auf Ergänzen und Verstärken (bspw. kommunaler Wärmeplan) und der Berücksichtigung der gültigen Fassungen der relevanten gesetzlichen Rahmenbedingungen (bspw. KlimaG BW).

4.1.2. Bevölkerungsanalyse

Die im Quartier lebende Bürgerschaft wird im Hinblick auf Gesamtgröße, Altersverteilung und Anteil der Altersklassen an der Gesamtbevölkerung im Quartier, Fluktuationsrate (Zuzug/Wegzug), Haushaltsgröße und, falls vorhanden, sozioökonomischer Daten (Kaufkraft der Quartierseinwohnerschaft/Eigentümerschaft) analysiert.

4.1.3. Akteursanalyse

Zu Beginn des Quartierskonzepts werden die im Quartier relevanten Akteure ermittelt und in einem Akteursdiagramm dargestellt.

4.1.4. Analyse der städtebaulichen Quartiersgestaltung:

Die städtebauliche Gestaltung wird im Hinblick auf die Fragestellung analysiert, ob die Energie- und Mobilitätsinfrastruktur im Quartier zur Bevölkerungsstruktur passt.

4.1.5. Mobilitätsanalyse

Die Mobilitätsanalyse lokalisiert die Bereiche Wohnen, Arbeit, Einkaufen, Freizeit, Schule/Verwaltung im Quartier und ermittelt ihre Wegebeziehungen zueinander sowie die Mobilität in/aus/durch das Quartier jeweils qualitativ und quantitativ.

Auch die vorhandenen Verkehrswege (insbesondere Rad- und Fußwege sowie Schulwege) müssen analysiert und auf ihre Bedeutung für das Quartier untersucht werden.

4.1.6. Analyse grüne Infrastruktur

Analyse der Gestaltung von Grün- und Freiflächen zur Erhöhung der CO₂-Aufnahme, Reduktion des Energieverbrauchs und/oder einer positiven Wirkung auf das quartiersbezogene Mikroklima.

4.1.7. Gebäudeanalyse

¹ Bindung an Fristen des Fördergebers, ggf. nach Absprache

Gebäude mit besonderen Eigenschaften (bspw. öffentliche Liegenschaften, Gebäude mit Denkmalschutz) werden zunächst unter Beachtung der baukulturellen Zielstellungen, erhaltenswerter Bausubstanz und Stadtbildqualität erfasst, beschrieben und kartografisch erfasst.

Ebenso werden die Wohngebäude im Quartier quantitativ und, soweit möglich, qualitativ erfasst und dargestellt, soweit Daten dazu vorliegen beziehungsweise mit angemessen wirtschaftlichem Aufwand ermittelt werden können. Dies umfasst unter anderem: das Baujahr, die Nutzungsart (Ein- oder Mehrfamilienhaus beziehungsweise Geschosswohnungsbau), die bis zum Erhebungszeitpunkt durchgeführten Sanierungsmaßnahmen (Sanierungsstatus), die Eigentümerschaft jedes Gebäudes (Selbstnutzer, Kleinvermieter, WEG, institutioneller Vermieter, öffentliche Hand).

4.1.8. Analyse der Energieerzeugung und -verteilung

Für die Erfassung der Energieinfrastruktur ist eine kartografische Darstellung der bestehenden Anlagen zur Energieerzeugung (zentral und dezentral) sowie der bestehenden Netze durchzuführen, insbesondere Stromnetze, Gasnetze und Wärmenetze.

4.1.9. Energieverbrauch

Ziel ist die Ermittlung des gesamten Wärme- und Stromverbrauchs im Quartier über alle Sektoren (Wohngebäude, öffentliche Liegenschaften, Gewerbe,...). Er stellt die wesentliche Grundlage für die Erstellung der Energie- und Treibhausgas-Bilanz gemäß Punkt 4.2 sowie der Potenzialanalyse gemäß Punkt 4.3 dar.

Erfasst werden die Teilverbräuche Heizwärmeverbrauch, Warmwasserverbrauch und Stromverbrauch. Die Methodik zur Berechnung des witterungsbereinigten Wärmeverbrauchs ist zu dokumentieren. Die Ergebnisse der Berechnungen sind kartografisch darzustellen.

4.2. Erstellung einer fortschreibbaren Energie- und Treibhausgasbilanz

4.2.1. Energiebilanz

Mithilfe der unter 4.1.9 ermittelten Daten wird eine fortschreibbare Gesamtenergiebilanz (Strom und Wärme) für das Quartier erstellt, unterteilt nach Endenergie- und Primärenergieverbrauch sowie Herkunft der Energieträger (im Quartier erzeugt oder in das Quartier importiert).

Die Ergebnisse werden folgendermaßen dargestellt:

- Diagramme mit Erläuterungen: Gesamtenergiebilanz Strom im Quartier, unterteilt nach Energieträgern und Verbrauchergruppen
- Diagramme mit Erläuterungen: Gesamtenergiebilanz Wärme im Quartier, unterteilt nach Energieträgern und Verbrauchergruppen

4.2.2. Treibhausgasbilanz

Erstellung einer Treibhausgasbilanz (CO₂-Äquivalent-Emissionen) für das Quartier. Die Berechnung der CO₂-Äquivalent-Emissionen basiert auf den ermittelten oder hochgerechneten jährlichen Energieverbräuchen für Wärme und Strom.

Auf Basis des ermittelten Primärenergiebedarfs im Ist-Zustand (Strom, Wärme) ist eine Treibhausgasbilanz zu erstellen:

- Für jeden Energieträger ist ein spezifischer CO₂-Emissionsfaktor zu verwenden. Die Herkunft der Emissionsfaktoren ist darzulegen.
- Die absoluten CO₂-Emissionen für die einzelnen Energieträger ergeben sich aus dem Endenergieeinsatz multipliziert mit dem jeweiligen CO₂-Emissionsfaktor.

- Die Einspeisung elektrischer Energie in das öffentliche Stromnetz (etwa aus erneuerbaren Energien) ist über eine CO₂-Gutschrift zu berücksichtigen.

Als Ergebnis sind die gesamten CO₂-Emissionen im Quartier in Tonnen pro Jahr auszuweisen.

4.3. Potenzialanalyse

Im Rahmen der Potenzialanalyse werden die Potenziale qualitativ und quantitativ ermittelt und beschrieben, die im Quartier bestehen für:

- Energieeinsparung durch energetische Gebäudesanierung auf Basis der TABULA-Berechnungsmethodik oder einer anderen allgemein anerkannten, darzulegenden Methodik
- Energieeffizienz im Bereich der quartiersbezogenen Mobilität.
- Energieerzeugung im Quartier durch
 - Photovoltaik
 - Solarthermie
 - PVT-Kollektoren
 - Oberflächennahe Geothermie
- Energiespeicher
- Mögliche indirekte Energieeinsparung durch erhöhte Suffizienz in der Ressourcennutzung, zum Beispiel durch Angebote zur Nutzung von Mobilitysharing-Angeboten (Lastenrad, Auto)
- Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels durch gezielte Eingriffe in die grüne Infrastruktur

Die ermittelten Potenziale sind auch daraufhin zu prüfen, ob die Errichtung neuer beziehungsweise die Erweiterung bestehender Netze erforderlich oder hilfreich ist und in welchen Bereichen des Quartiers eine Errichtung oder Erweiterung sinnvoll erscheint.

Die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung fließen in die Potenzialanalyse ein, besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Potenzial der seriellen Sanierung von Reihenhaussiedlungen unter Inanspruchnahme von Fördermitteln, einer Mustersanierung mit Fokus auf Wohnungseigentümergeinschaften, von Mikro-Wärmenetzen bei Reihenhäusern, solarer Nahwärmenetze sowie der Vorbildwirkung öffentlicher Liegenschaften.

4.4. Szenarioentwicklung

Ausgehend vom Ist-Zustand und unter Einbezug der in Punkt 4.3 ermittelten Potenziale wird mindestens ein Szenario entwickelt, welches aufzeigt, wie die klimaneutrale Energieversorgung des Quartiers im Jahr 2040 aussieht.

Das präferierte Szenario ist die Grundlage für die Erstellung der Maßnahmen und des Zeitplans zur Maßnahmenumsetzung gemäß Punkt 4.6.1 sowie der Hemmnisanalyse gemäß Punkt 4.6.2.

Für den Endzustand des entwickelten Szenarios 2040 wird (analog zu der Methodik der Bilanzen gemäß den Kapiteln 4.2.1 und 4.2.2) ebenfalls eine Energie- und Treibhausgasbilanz erstellt.

Das Zielszenario ist kartographisch darzustellen, insbesondere hinsichtlich der Energieversorgung und Mobilität.

4.5. Entwicklung Leitbild

Die Entwicklung eines Leitbilds dient dazu den Rahmen für die Umsetzung der Maßnahmen zu bilden. Das Leitbild wird unter Beteiligung aller relevanten Akteure entwickelt, um die Akzeptanz der Maßnahmen zu stärken und ein gemeinschaftliches Herangehen zu fördern. Beispielsweise warmmietenneutrale Sanierung, Grünflächenaktivierung als Begegnungs- und Aufenthaltsorte.

4.6. Maßnahmenkatalog

4.6.1. Aufstellen der Maßnahmen

Die Maßnahmen zum Heben der in Punkt 4.3 beschriebenen Potenziale werden beschrieben hinsichtlich

- Art und Umfang, insbesondere der energetischen Sanierungsmaßnahmen
- des Ziels der Maßnahme
- der Zielgruppe der Maßnahme
- der quartiersbezogenen Wechselwirkungen zu anderen vorgeschlagenen Maßnahmen
- der Realisierung von Synergieeffekten zwischen den vorgeschlagenen Maßnahmen
- einer maßnahmenspezifischen Wirkungsanalyse und Bewertung
- der organisatorischen Umsetzung des Konzepts (Zeitplan, Prioritätensetzung, Mobilisierung der Akteure und Verantwortlichkeiten, erforderliche Aktionsschritte)
- der Kosten, Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit
- der zeitlichen Staffelung (kurz-, mittel- und langfristig)
- Hemmnisse und deren Überwindung (4.6.2)

und in Maßnahmensteckbriefen zusammengefasst werden.

Jede formulierte Maßnahme wird dabei mindestens einem der in Punkt 4.3 definierten Potenziale zugeordnet. Für die Maßnahmen gilt es einen zeitlichen Umsetzungsfahrplan zu erstellen.

4.6.2. Hemmnisanalyse

Für alle in Punkt 4.6.1 ermittelten Maßnahmen werden die wirtschaftlichen oder zielgruppenspezifisch bedingten Hemmnisse ermittelt, die die Umsetzung erschweren, verzögern oder verhindern könnten. Zu jedem Hemmnis werden auch mögliche Maßnahmen zu seiner Überwindung ermittelt.

4.6.3. Erfolgskontrolle und Monitoring

Es wird für alle Maßnahmen dargestellt, ob der Erfolg der Maßnahmen kontrolliert und wie ein regelmäßiger Monitoringprozess gestaltet werden kann.

4.7. Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, von Stakeholdern und engagierten Gruppen der Zivilgesellschaft hat von je her einen hohen Stellenwert und ist langjährige Praxis bei der Stadt Sindelfingen. Um neue Möglichkeiten auszuschöpfen und noch mehr Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, wurde eine Online-Beteiligungsplattform aufgebaut, mit der die geplante Bürgerbeteiligungen sowohl analog als auch ergänzend digital abgebildet werden kann. Die Online-Beteiligungsplattform „[Sindelfingen-macht-mit](#)“ ist die zentrale Anlaufstelle der Stadt Sindelfingen rund um das Thema Bürgerbeteiligung.

Bei der Erstellung des Quartierskonzept wird die konsequente und konstante Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Stakeholdern eine zentrale Rolle spielen. Quartiersarbeit und bestehender Strukturen sind einzubinden.

Durch einen kombinierten Ansatz aus Präsenz- und digitaler Beteiligung ist eine zielgruppenspezifische und -gerechte Ansprache leistbar. Dies ermöglicht es, eine breite Basis aus der Bürgerschaft zu erreichen und in die Erarbeitung des Quartierskonzept mit einzubeziehen. Dadurch entsteht ein lebendiger Prozess, der von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen wird, und dazu führt, dass sich die Öffentlichkeit mit den Zielen und Maßnahmen identifiziert.

4.7.1. Informationsmaterialien

Erstellung eines Anschreibens zum Projektstart, in dem die Bürgerschaft im Quartier über das Quartierskonzept, (ggf. über die Internetseite) und über die beabsichtigten Maßnahmen informiert wird.

4.7.2. Durchführung von Öffentlichkeitsveranstaltungen im Quartier

Es werden im Projektverlauf zwei Veranstaltungen zur Information und Aktivierung der Öffentlichkeit im Quartier durchgeführt. Der Auftragnehmer übernimmt die Konzeption, inhaltliche Vorbereitung in Abstimmung mit dem Auftraggeber (Einladungsmanagement), Moderation der Veranstaltungen und Nachbereitung (Ergebnisse und Protokoll).

Der Auftraggeber übernimmt die Organisation der Veranstaltung, bspw. Reservierung geeigneter Räumlichkeiten und Bereitstellung der technischen Ausstattung.

4.7.3. Berichterstattung in der kommunalen Verwaltung

Der Auftragnehmer erklärt sich bereit, im Projektverlauf (und besonders nach Fertigstellung des Konzepts) den zuständigen Stellen in der Verwaltung Auskunft zu Methodik, Bearbeitungsstand und weiterem Vorgehen zu geben und Fragen der Fachämter zu beantworten.

5. Erläuterung Zuschlagskriterien

Bei Erfüllung aller Anforderungen des Leistungsverzeichnisses erhält das Angebot mit dem wirtschaftlichsten Angebotspreis den Zuschlag. Bei Gleichstand entscheidet das Los.

6. Anlagen

Anlage 1: Inhaltliche Mindestanforderungen des KfW Programms (432 – Variante A)

Anlage 2: Honorar und Informative Abfrage Stundensätze

Anlage 1: Inhaltliche Mindestanforderung des KfW Programms (432 – Variante A)²

- Ausgangsanalyse: Betrachtung der für das Quartier maßgeblichen Energieverbrauchssektoren (insbes. komm. Einrichtungen, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Industrie, private Haushalte)
- Beachtung von Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepten, integrierten Stadtteilentwicklungskonzepten oder wohnwirtschaftlichen Konzepten bzw. von integrierten Konzepten auf Quartiersebene
- Beachtung der baukulturellen Zielstellungen unter besonderer Berücksichtigung von Denkmälern, erhaltenswerter Bausubstanz und Stadtbildqualität
- Aussagen zu Energieeffizienzpotenzialen und deren Realisierung im Bereich der quartiersbezogenen Mobilität
- Identifikation von alternativen, effizienten und gegebenenfalls erneuerbaren lokalen oder regionalen Energieversorgungsoptionen und deren Energieeinspar- und Klimaschutzpotenziale für das Quartier
- Bestandsaufnahme von Grünflächen, Retentionsflächen, Beachtung von naturschutzfachlichen Zielstellungen und der vorhandenen natürlichen Kühlungsfunktion der Böden
- Gesamtenergiebilanz des Quartiers (Vergleich Ausgangspunkt und Zielaussage)
- Bezugnahme auf Klimaschutzziele der Bundesregierung und energetische Zielsetzungen auf kommunaler Ebene
- Konkreter Maßnahmenkatalog unter Berücksichtigung quartiersbezogener Wechselwirkungen
- Analyse möglicher Umsetzungshemmnisse und deren Überwindungsmöglichkeiten
- Aussagen zu Kosten, Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Investitionsmaßnahmen
- Einbeziehung betroffener Akteure bzw. Öffentlichkeit in die Aktionspläne/Handlungskonzepte
- Maßnahmen zur organisatorischen Umsetzung des Sanierungskonzepts (Zeitplan, Prioritätensetzung, Mobilisierung der Akteure und Verantwortlichkeiten)
- Maßnahmen der Erfolgskontrolle und zum Monitoring
- Bei Digitalisierungsvorhaben: Nutzung von Open Source-Ansätzen und offenen Standards; Beachtung von Datenschutz und -sicherheit

² [Energetische Stadtsanierung – Zuschuss Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier \(Programm 432 – Variante A\) – Checkliste zum Verwendungsnachweis \(kfw.de\)](#)

Anlage 2: Honorar und Informativ Abfrage Stundensätze

Das Leistungsverzeichnis ist zwingend vollständig auszufüllen. Alle Angaben und Preise sind in die Tabellen einzutragen. Das konkret eingesetzte Personal kann variieren. Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen führen zum Ausschluss.

Fixpreis der Einzeltätigkeiten 1-8 (Gesamthonorar)

Geben Sie die Preise (netto) pro Tätigkeit inklusive Neben- und Fahrtkosten an. Die Spalte „erwarteter Aufwand“ pro Arbeitspaket wird nicht gewertet. In die Wertung fließt lediglich das Gesamthonorar brutto ein.

Arbeitspakete	Summe netto [€] inkl. Nebenkosten	Erwarteter Aufwand [h]
1 Ausgangsanalyse		
2 Erstellung fortschreibbarer Energie- und THG-Bilanz		
3 Potenzialanalyse		
4 Szenarioentwicklung		
5 Entwicklung Leitbild		
6 Maßnahmenkatalog		
7 Öffentlichkeitsbeteiligung		
Gesamtpreis 1-8 netto:		
Gesamtpreis 1-8 brutto:		

Informativ Abfrage der Stundensätze, getrennt nach Funktion (z.B. Projektleitung, Assistenz, etc.), sind im Folgenden aufzuführen. Diese werden Vertragsbestandteil. Über weitergehende Leistungen stimmen sich der AG und AN während der Vertragslaufzeit ab. Für die Beauftragung der weitergehenden Leistungen bedarf es der Schriftform. Die Stundensätze und deren Verteilung gehen nicht in die Bewertung ein.

Funktion	Einzelpreis/Stunde netto [€]	Einzelpreis/Stunde brutto [€]	Informationsabfrage erwartete Arbeitsverteilung [%]
Projektleitung			
Mitarbeiter*in			
Sonstige Mitarbeitende (z.B. studentische Hilfskraft)			
			100%

